

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 8 – Einrichtung von Ganztagschulen –

Unterricht und Betreuung verzahnen - im Management der Einzelschule

Nr. 114.01 / 09.05.2001

*Die Ausweitung der Ganztagsangebote an den Schulen ist ein wichtiger Schritt zur Verzahnung von Unterricht und bisher außerschulischen Betreuungsangeboten. Bündnis 90/Die Grünen wollen dafür die Unterrichtstakte vollständig aufheben und die Gestaltung des Schulalltages in die Verantwortung der einzelnen Schule legen. Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, **Angelika Birk**:*

"Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich über mich über die weitgehende Übereinstimmung zwischen Oppositions- und Regierungsfractionen in der Forderung nach einer schnellen Ausweitung des Ganztagsangebotes an unseren Schulen. Ich kann nur sagen: Willkommen im Boot, liebe Opposition; endlich haben auch Sie erkannt, dass Schule zum ganzheitlichen Lern- und Lebensort werden muss.

Mit der Ausweitung des Ganztagsangebots kämen wir überdies der Umsetzung des von Bündnis 90/Die Grünen entwickelten Konzeptes einer Integration außerschulischer Betreuungsangebote der Jugendarbeit in die Schulen einen entscheidenden Schritt näher. Ganztagschule bedeutet für uns nicht Unterricht von 8.00 bis 17.00 Uhr, sondern eine Verzahnung von Unterricht und Betreuungsangeboten. Das erfordert u.a. eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten der Lehrkräfte. Eine Arbeitsteilung 'Vormittags sind die LehrerInnen zuständig, nachmittags die SozialpädagogInnen' ist kontraproduktiv.

Wie diese Angebote pädagogisch sinnvoll und organisatorisch effektiv ineinander greifen, kann am besten vor Ort entschieden werden. Wir wollen deshalb das Management der Organisation des Schultages in die Hand der Einzelschule legen.

Mit unserem Antrag möchten wir zunächst die erforderlichen Daten ermitteln, um die politischen Entscheidungen zur Ausweitung des Ganztagsangebots treffen zu können, nämlich:

- den tatsächlichen Bedarf für Ganztagschulen, unabhängig von der Schulart; hier ist z.B. in Zusammenarbeit mit den Schulträgern eine landesweite Befragung der Eltern denkbar.
- den Finanzbedarf, der auf das Land und die Schulträger zukommt, sollten wir – und ich halte das langfristig für eine sinnvolle Perspektive – nach und nach alle Schulen in Ganztagschulen umwandeln.

Lassen Sie mich etwas zu den Sonderschulen sagen. Wir alle haben den Brief von Frau Rosenbusch aus Kiel erhalten, Elternvertreterin an einer Schule mit 123 geistig und mehrfach behinderten Kindern. Ein Viertel von ihnen lebt bei allein erziehenden Müttern, von denen viele auf Sozialhilfe angewiesen sind, da sie keinen Arbeitsplatz finden, an dem Rücksicht genommen wird auf die Notwendigkeit einer intensiveren Fürsorge für ihr Kind.

Ihr Plädoyer für Ganztagschulen gerade auch zur Entlastung berufstätiger Frauen gilt nicht nur für die Sonderschulen, aber hier besteht zweifellos ein besonders dringlicher Bedarf. Das Schulgesetz sieht bereits vor, dass an Sonderschulen in der Regel als Ganztagsunterricht erteilt wird; in der Praxis aber ist das nicht der Fall. Hier müssen schnell Gespräche mit den Schulträgern geführt werden."
